



Statement von IHK-Präsident Dr. Richard Weber

anlässlich der Jahrespressekonferenz der IHK Saarland am 13. Mai 2002

Meine Damen und Herren,

passend zur Jahreszeit hellt sich in diesem Frühjahr der Konjunkturm Himmel über Deutschland etwas auf. Das ist erfreulich. Abzuwarten bleibt allerdings, ob die vereinzelt Schwalben uns tatsächlich einen warmen Konjunktursommer bringen werden. Denn noch halten sich Chancen und Risiken in etwa die Waage. Das schlägt sich auch darin nieder, dass die meisten Klimaindikatoren hier zu Lande, aber auch in den USA, nach mehreren Monaten des Anstiegs zuletzt wieder seitwärts oder gar nach unten zeigten. Das gilt auch für unseren IHK-Klimaindex.

Ich will mich hier nicht in die Phalanx der Konjunkturpropheten einreihen und darüber spekulieren, ob die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 0,5, 0,8 oder gar um 1,1 Prozent wachsen wird. Das kann heute niemand wissen.

Einigermaßen valide scheinen mir dagegen drei Aussagen:

1. Die Entwicklung in den USA bestimmt im Wesentlichen das Tempo, in dem sich die Konjunktur weltweit erholen kann.
2. Der Aufschwung wird in Europa später einsetzen und schwächer ausfallen als in den USA.
3. Deutschland wird in Europa wohl auch in diesem Jahr wieder am Ende des Wachstumszuges rangieren.

Dass Deutschland im Ländervergleich so schlecht abschneidet, liegt nur zum kleineren Teil an der Struktur und der hohen Exportabhängigkeit seiner Wirtschaft. Weitaus stärker fallen Versäumnisse und Fehler in der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik ins Gewicht. Das hat erst jüngst das renommierte Lausanner Institut für Wirtschaftsforschung in seinem „Jahrbuch für Wettbewerbsfähigkeit“ hervorgehoben. Deutschland belegt darin heute nur noch Rang 15 von 50 Ländern. Im Vorjahr stand es noch drei Plätze besser.

Gravierende Mängel konstatiert auch die jüngste Standortumfrage des DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) vom Januar. Bundesweit haben sich 20. 000 Unternehmen daran beteiligt, davon rund 300 aus dem Saarland. Die Unternehmen monieren vor allem Defizite in der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Um Deutschland im internationalen Konzert wieder voranzubringen, sind aus Sicht der deutschen IHKs grundlegende Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen und in der Arbeitsmarktpolitik dringend erforderlich. Ebenso wichtig sind weitere Verbesserungen in der Steuerpolitik, und zwar insbesondere zugunsten des Mittelstands.

In dieser Umfrage haben die Unternehmen auch die Standortqualität des jeweiligen IHK-Bezirks bewertet. Das Saarland rangiert dabei im unteren Mittelfeld auf Platz 40 von insgesamt 69 IHK-Bezirken. Das haben wir in etwa erwartet.

Bemerkenswert ist allerdings die positive *Tendenz* in der Standortbewertung. So belegt unser Land bei der Frage, wie sich die Standortqualität in den letzten drei Jahren *verändert* hat, einen beachtlichen siebten Platz. Das Saarland zählt damit zu den Regionen, in denen sich die Standortbedingungen in dieser Zeitspanne am stärksten verbessert haben.

Diese Bewertung zeigt, dass die saarländischen Unternehmen den wirtschaftspolitischen Kurs der Landesregierung im Großen und Ganzen für richtig halten. Sie erkennen die Bestrebungen der Landesregierung an, den Wirtschaftsstandort Saarland schrittweise aufzuwerten. Wir sehen es genauso.

Auf der Aktivseite der Halbzeitbilanz stehen aus unserer Sicht insbesondere

- die Qualitätsoffensive in der Bildungspolitik und die Einführung des achtjährigen Gymnasiums,
- die Absenkung der Gewerbesteuerhebesätze in Richtung Bundesdurchschnitt,
- die Initiativen zu Privatisierung und Deregulierung sowie zur Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung und
- forcierte Anstrengungen in der Förderung von Unternehmensgründungen sowie in der Innovations- und Außenwirtschaftsförderung.

Auch die Bestrebungen des Landes, neuen Schwung in die Zusammenarbeit auf Saar-Lor-Lux-Ebene zu bringen, weisen in die richtige Richtung.

Die Fortschritte und das insgesamt positive Echo der Unternehmen sollten der Regierung den nötigen Rückhalt geben, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode Kurs zu halten.

Ganz oben auf die Agenda gehören aus unserer Sicht folgende Themen:

1. die Neuordnung der saarländischen Entsorgungslandschaft. Hier brauchen wir endlich grundlegende Strukturreformen, die mehr Markt und Wettbewerb bringen.
2. die Umsetzung der nächsten Stufen des Landesprogramms zur Absenkung der Gewerbesteuerhebesätze;
3. der gezielte Abbau weiterer Standortnachteile. An der überdurchschnittlichen Zahl von Feiertagen etwa oder beim gesetzlich verbrieften Bildungsurlaub hat sich ja bisher noch nichts geändert.
4. restriktivere Regelungen bei der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (Reform des KSVG);
5. die Dämpfung der zu hohen Kosten im saarländischen Gesundheitswesen. Insbesondere im Krankenhausbereich liegen die Kosten nach wie vor um 40 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Zu den entscheidenden Gründen dafür zählt nach wie vor die hohe Bettendichte. Die Landesregierung sollte deshalb noch einmal überprüfen, ob die Bettendichte nicht schneller als geplant an das Bundesniveau angeglichen werden kann.
6. In der Bildungspolitik sind nach dem guten Start weitere Anstrengungen und grundlegende Reformen notwendig. Auf diesen Punkt werde ich gleich noch einmal ausführlich eingehen.

Die IHK stellt aber nicht nur Forderungen an andere. Sie trägt auch *selbst* mit eigenen Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität bei. Ich erinnere etwa an unsere Anstrengungen und die Rekordergebnisse in der beruflichen Ausbildung, an unsere IHK-Weiterbildungsoffensive, an unser Engagement in der Gründungs- und Mittelstandsförderung – aber auch an unser erheblich erweitertes Informationsangebot im Internet. Unsere Firmendatenbank enthält inzwischen über 5.000 Unternehmensprofile. In letzter Zeit haben wir uns zudem verstärkt im Bereich Kommunalmarketing engagiert. Auch diesen Einsatz verstehen wir als einen Beitrag zum Projekt „Aufsteigerland Saarland“. Eine florierende Wirtschaft ist letztlich nur auf der Grundlage vitaler Stadt- und Ortskerne denkbar.

Insgesamt kann das Projekt „Aufsteigerland“ nur gelingen, wenn *alle* politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen mit Engagement daran mitwirken und mit eigenen Schritten zur Standortaufwertung beitragen. Anders wird das ehrgeizige Ziel der

Landesregierung, bis 2010 rund 60 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht zu erreichen sein.

Heute, zur Mitte der Legislaturperiode, sind wir von diesem Ziel noch weit entfernt. Derzeit gibt es an der Saar nicht mehr Arbeitsplätze als beim Regierungswechsel im Herbst 1999. Die Entwicklung in den vergangenen Jahren hat nochmals bestätigt, dass spürbare Zuwächse bei der Beschäftigung nur in Zeiten guter Konjunktur und hoher Wachstumsdynamik erreichbar sind.

Damit bin ich dann auch bei den wirtschaftlichen Perspektiven für das laufende Jahr. In einem Satz: Das Saarland wird es in diesem Jahr schwer haben, bei Wachstum und Beschäftigung mit der Bundesentwicklung Schritt zu halten. Dafür spricht eine Reihe von Gründen:

- Klar ist zunächst, dass sich die Anpassungen im **Bergbau** weiterhin belastend für Wachstum und Beschäftigung auswirken. Allerdings werden die Auswirkungen in diesem Jahr nicht mehr ganz so gravierend sein wie bisher. Das gilt insbesondere für die Arbeitsplatzeffekte: Statt bisher 1.200 sollen bis zum Jahr 2005 jährlich nur noch gut 300 Arbeitsplätze abgebaut werden.
- Für die **Stahlindustrie** wird es in diesem Jahr schwer sein, das gute Ergebnis des Vorjahres zu toppen. Sorge bereitet nicht nur die konjunkturbedingt flauere Nachfrage, sondern auch das verstärkte Angebot asiatischer und osteuropäischer Hersteller auf dem europäischen Markt. Letzteres resultiert zum Teil auch aus den Mengenbeschränkungen und den Strafzöllen in den USA.
- Der **Fahrzeugbau** wird in diesem Jahr kaum noch positive Impulse geben können. Fast alle deutschen Hersteller melden für das erste Quartal rückläufige Bestellungen – auch aus dem Ausland. Das trifft auch die saarländischen Untertaken, obwohl diese mit ihren Produkten weiterhin relativ gut im Markt liegen. Insgesamt werden die Beiträge dieser Branche zu Wachstum und Beschäftigung im laufenden Jahr eher bescheiden sein.
- Die **Bauwirtschaft** wird sich auch in 2002 nicht spürbar erholen können. Hier wirken sich vor allem die schwache Finanzkraft der saarländischen Kommunen und der rückläufige private Wohnungsbau belastend aus.
- Der **Dienstleistungsbereich** hat im vergangenen Jahr mit überdurchschnittlichen Zuwächsen entscheidend dazu beigetragen, dass die Wirtschaft an der Saar schneller gewachsen ist als im Bund. Bisher sehen wir keine Anzeichen dafür, dass sich diese Entwicklung in 2002 wiederholen wird.

- Die **Informations- und Kommunikationsbranche**, auf der hier zu Lande große Hoffnungen ruhen, befindet sich nach der euphorischen Entwicklung bis zum Frühjahr 2000 weltweit in einer Konsolidierungsphase. Hiervon sind auch die saarländischen Unternehmen betroffen. Wenn überhaupt dürften von den IT-Unternehmen und den unternehmensnahen Dienstleistern in diesem Jahr nur schwache Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgehen.

Insgesamt spricht also einiges dafür, dass die Wirtschaft an der Saar in 2002 nur knapp mit der Entwicklung im Bund mithalten kann. Das Saarwachstum dürfte, abhängig vom Tempo der Konjunkturerholung, in einer Spanne von 0,5 bis 1 Prozent liegen.

Auf dem Arbeitsmarkt erwarten wir angesichts der nur zögerlichen Konjunkturerholung einen neuerlichen Abbau von Arbeitsplätzen. Im vergangenen Jahr hat das Saarland rund 4.900 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Es ist durchaus möglich, dass sich der Arbeitsplatzverlust in diesem Jahr in der gleichen Größenordnung bewegen wird.

Angesichts dieser Perspektive brauchen wir dringend weitere Fortschritte bei der Verbesserung der Standortbedingungen hier im Land. Die Landesregierung muss auf Reformkurs bleiben. Die Organisationen der Wirtschaft werden sie mit Rat und Tat bei der Aufwertung des Standortes unterstützen.

Bildungspolitische Positionen

Damit komme ich zum Schwerpunktthema unserer heutigen Jahrespressekonferenz – der **Bildungspolitik** in Land und Bund.

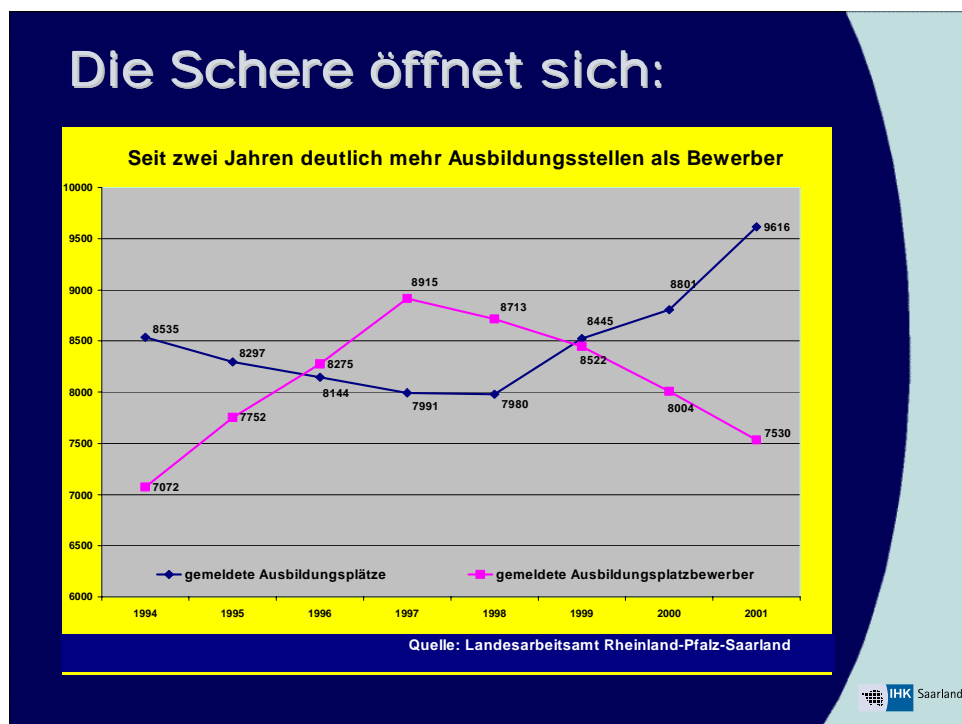
Bildungspolitik – wird immer mehr zu einem zentralen Thema für die Wirtschaft und für den Standort Deutschland. Ich will Ihnen nur drei Gründe nennen:

1. Schon heute fehlen den Unternehmen viele Facharbeiter und Auszubildende.
2. Die absehbare demographische Entwicklung wird diesen Engpass künftig noch weiter verschärfen.
3. Wir haben allen Grund, uns dafür einzusetzen, dass das geringere Potenzial an Arbeitskräftenachwuchs *bestmöglich* qualifiziert wird und alle die ausbildungswillig sind, auch ausbildungsfähig zu machen. Davon sind wir heute leider weit entfernt: Alle internationalen Studien zeigen, dass die Bundesrepublik bei der Ausbildung ihres Nachwuchses im *unteren* Tabellendrittel rangiert.

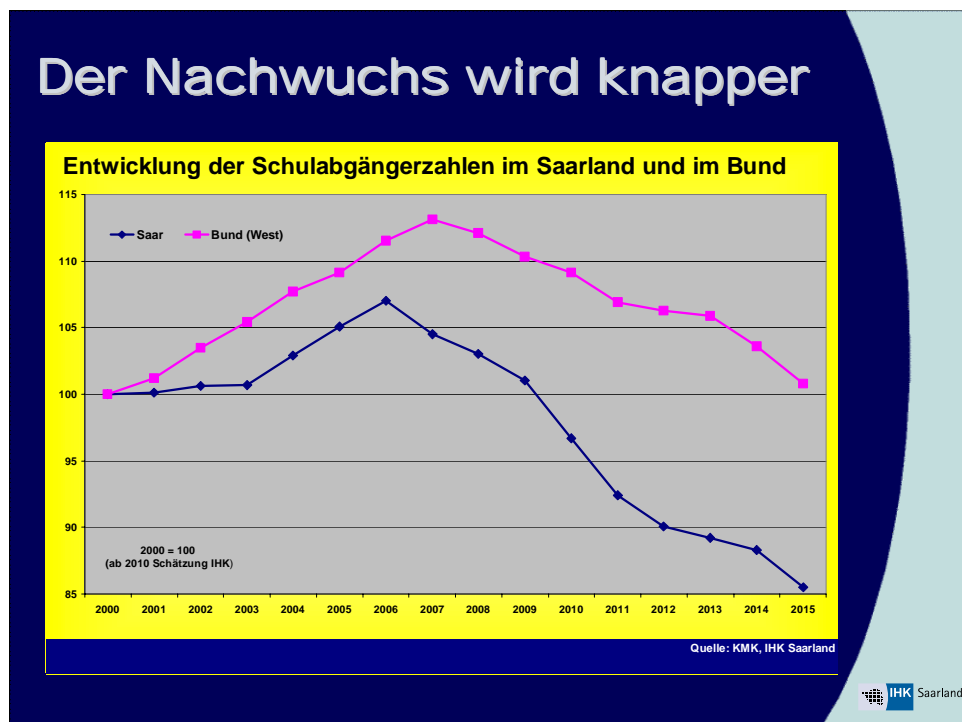
Ich möchte Ihnen die Brisanz der demographischen Entwicklung an drei Schaubildern verdeutlichen:

- ▶ Das erste Schaubild zeigt Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den letzten acht Jahren. (Herr Schneider wird nachher ausführlicher darauf eingehen.) Schon im vergangenen Jahr war das Angebot an Lehrstellen deutlich größer als die Nachfrage. Diese Situation könnte sich zwar in den nächsten zwei bis drei Jahren noch einmal leicht entspannen. Danach wird sich die Schere aber unweigerlich und unumkehrbar weiter

öffnen.

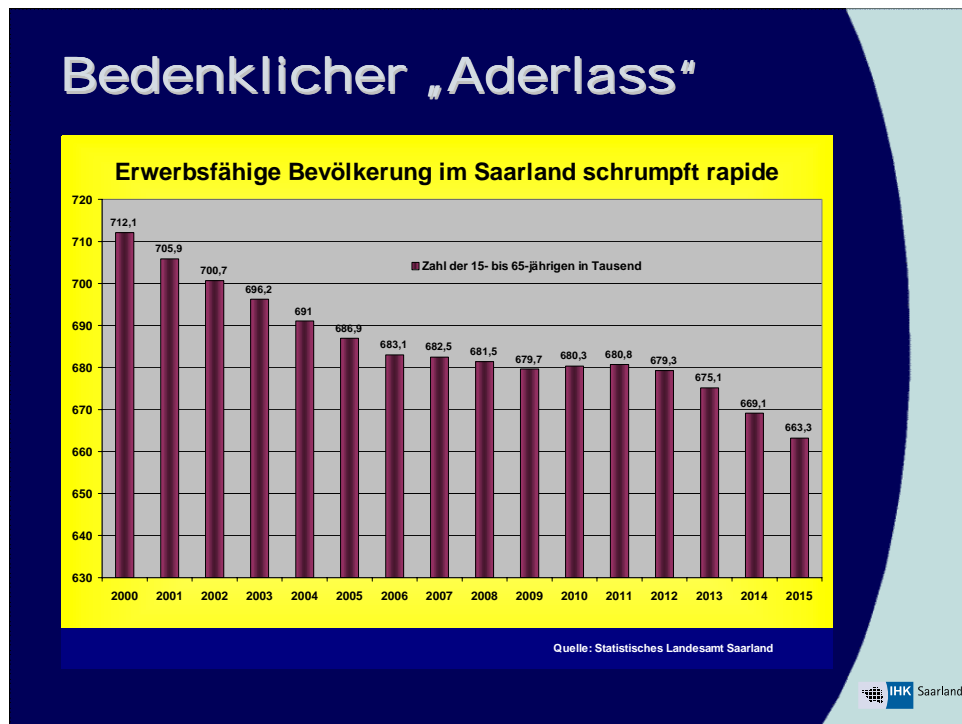


- Dies zeigt ein Blick auf die zweite Grafik mit der Entwicklung der Schulabgängerzahlen. Diese werden zwar in den nächsten vier Jahren nochmals leicht zunehmen. Ab 2006 beginnt dann allerdings eine Talfahrt, deren Ende bislang nicht abzusehen ist. Für die Bundesrepublik insgesamt liegt der Wendepunkt zwar etwas später – dafür fällt der Einbruch nach 2010 umso nachhaltiger aus.



- Noch beunruhigender ist, dass gleichzeitig „am oberen Ende“ immer mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Das macht das dritte Schaubild deutlich.

Es zeigt, dass die erwerbsfähige Bevölkerung (d. h. die Zahl der Menschen zwischen 15 und 65 Jahren) im Saarland in den nächsten Jahren rapide zurückgeht. Allein von Ende 2000 bis Ende diesen Jahres werden über 10.000 Menschen mehr aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sein, als eingetreten sein. In den zehn Jahren danach (d. h. zwischen 2002 und 2012) nimmt die Zahl noch einmal um 20.000 ab. Darunter werden zwar auch viele Arbeitslose sein. Aber eines steht fest: Der Nachwuchs wird knapper! Wir haben also allen Grund, uns mit dem Thema Bildung intensiv auseinander zu setzen.



Natürlich ist uns allen klar: Erziehung und Bildung beginnt im Elternhaus. Hier können wir nicht mehr tun, als an die Verantwortung jedes Einzelnen zu erinnern. Aber was passiert, wenn unsere Kinder in die Kindergärten oder Grundschulen kommen. Unsere Forderungen dazu sind klar:

- Kindergarten darf künftig nicht mehr ausschließlich Aufbewahren und Betreuen heißen. Spätestens im dritten und letzten Kindergartenjahr müssen wir mit einer *Vorbereitung auf die Schule* beginnen. Unser Nachbarland Frankreich hat diese Vorschule (maternelle) längst eingeführt und gute Erfahrungen damit gemacht.
- Wir plädieren dafür, dass dieses dritte Kindergartenjahr, d. h. die Vorschule, *verpflichtend* wird – auch dies ist in Frankreich längst üblich. Und mit der Übernahme der Elternbeiträge durch das Land, ist ein erster Schritt dazu bereits ja getan.

- Natürlich gehört dazu auch eine andere – d. h. bessere – *Qualifikation der Erzieherinnen*.

Bei der Einschulung in die Grundschule sind unsere Kinder heute im Durchschnitt fast sieben Jahre alt. In anderen Ländern liegt das Einschulungsalter zwischen einem halben und einem ganzen Jahr früher. Konkret: Wir treten dafür ein, dass Kinder im Saarland wieder früher eingeschult werden; hier hat die Landesregierung ja bereits ähnliche Vorstellungen entwickelt.

Ein zweiter Punkt ist die Zahl der Unterrichtsstunden: Gegenüber Bayern fehlt saarländischen Grundschulern am Ende der ersten vier Jahre fast ein halbes Jahr Unterricht – das sind rund 20 Prozent! Hier sehe ich dringend Handlungsbedarf. Wenn wir am Ende qualifizierte Schulabgänger haben wollen, können wir uns einen solchen Fehlstart zu Beginn nicht leisten. Und wenn man das Thema Qualitätsoffensive ernst nimmt, dann müssen auch die schulübergreifenden Leistungstests bereits in der Grundschule beginnen.

Unsere Forderungen an die Schulen stehen unter dem Motto: „Wettbewerb – Differenzierung – Qualitätskontrolle“. Deshalb halte ich ein gegliedertes Schulsystem für besser als Gesamtschulen oder auch als die erweiterten Realschulen (ERS). Hier wird sich vielleicht das Rad nicht kurzfristig zurückdrehen lassen. Was wir aber dringend brauchen, ist eine stärkere Förderung der leistungstärkeren Schüler *und* einen Stützunterricht für die Schwächern. Heute liegt mir das Schwergewicht zu einseitig auf Letzterem.

Zur Differenzierung gehört auch ein bedarfsorientierter Ausbau von *Ganztagsangeboten*. Nicht flächendeckend, nicht verpflichtend, aber als *Angebot* an die Eltern. Wir werden das künftig schon deshalb brauchen, um mehr Müttern die Möglichkeit zu geben, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Auf Dauer ist es volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch widersinnig, Mädchen und junge Frauen hervorragend auszubilden, um sie dann nach wenigen Berufsjahren vor die traurige Alternative zu stellen, entweder ihre eigenen Kinder bestmöglich zu erziehen oder ihre Ausbildung weiter im Beruf einzusetzen.

Und wenn Eltern künftig die Wahl haben, zwischen klassischer Halbtagschule und Ganztagsbetreuung, dann sollten sie für das Nachmittagsangebot und für die Verpflegung ihrer Kinder auch einen angemessenen *Elternbeitrag* bezahlen – der müsste allerdings voll von der Steuer absetzbar sein.

Zum Thema „Mehr Qualität“ in diesem Zusammenhang nur zwei Anmerkungen

1. Wenn es kurzfristig *nicht wieder* eine klare Trennung zwischen Hauptschule und Realschule geben soll, dann muss zumindest die *Binnendifferenzierung* in der ERS verstärkt werden – nur so können wir den besseren Realschülern genügend Anregungen und Leistungsanreize bieten.
2. Die Vermittlung elementarer Grundkenntnisse in Deutsch können unsere Schulen nicht ohne Qualitätseinbußen „nebenbei“ vermitteln. Man mag das Know-how unserer Schulen nutzen, um Ausländerkindern diese Grundlagen beizubringen – aber bitte nicht im Rahmen des normalen Unterrichts. Das muss jede Schule hoffnungslos überfordern.

Die eigentliche „Revolution“, die wir in unseren Schulen *brauchen, liegt nicht in der Detailverbesserung, sondern in einer grundsätzlich anderen Organisation*. Sie steht unter dem Motto: „Mehr Eigenverantwortung *für* die Schulen – mehr Wettbewerb *zwischen* den Schulen“. Ich habe dies beim letzten IHK-Forum ausführlich erläutert. Die Stichworte heißen:

- mehr Finanz- und Personalautonomie,
- ein verbindlicher Kanon für die Kernfächer,
- viel Freiraum für eine Profilbildung der Schulen, durch freie Auswahl der Fächerschwerpunkte und der pädagogischen Konzepte.

Kurz: Wir müssen unseren Schulen die Freiheit geben – und die Verpflichtung auferlegen – sich wie mittelständische Dienstleistungsunternehmen zu verhalten. Der *Wettbewerb* wird dann ganz von selbst für die richtigen Anreize und mehr Qualität sorgen. Dazu gehört natürlich auch die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen: Spätestens ab der Sekundarstufe muss es den Eltern freigestellt sein, die richtige Schule für ihr Kind *ohne* Rücksicht auf regionale Demarkationslinien frei auszuwählen – nur so hat schließlich Qualitätswettbewerb eine Chance.

Soviel Freiraum verlangt natürlich nach Transparenz und Leistungskontrolle. Eltern und Staat haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie gut die Ausbildungsleistung der Schulen objektiv sind. Das wird sich nur schwer *absolut* messen lassen. Um so besser aber im Vergleich mit *anderen* Schulen. Landesweit durchzuführende Tests könnten die notwendige Transparenz bringen. Die Leistungsstandards festzulegen und die Leistungsniveaus auf möglichst objektive Weise zu überprüfen, wäre Aufgabe des Landes.

In einem solchen System würden sich die Schulen viel stärker als heute um Schüler und Eltern bemühen. Sie hätten ein vitales Interesse daran, diese von ihrer Leistungsfähigkeit zu

überzeugen und zu zufriedenen Kunden zu machen. Sie würden deshalb auch ganz selbstverständlich die Eltern in alle Entscheidungen mit einbeziehen, die Profil, Ausrichtung und weitere Entwicklung der Schule betreffen.

Was für unsere Schulen gilt, gilt – mutatis mutandis – auch für unsere Hochschulen: Auch sie brauchen mehr Freiräume durch ein Globalbudget und weitgehende Personalhoheit. Auch sie müssen weitestgehend über ihr Angebot entscheiden können – zumindest im Detail. Eine Rahmenplanung kann dabei durchaus im Gesamtinteresse sein. Dazu genügen aber *Zielvereinbarungen* und die Festlegung von Schwerpunkten.

Zur Differenzierung und zu einem Qualitätswettbewerb zwischen den Hochschulen gehört für mich auch, dass sich Universitäten und Fachhochschulen ihre Studenten selbst aussuchen können, dass es ihnen freigestellt wird, zumindest für besonders qualifizierte Ausbildungsgänge, vom *ersten* Semester an Studiengebühren zu erheben. Und schließlich sollte auch das Thema Privatisierung – oder zumindest Teil-Privatisierung – unserer Hochschulen kein Tabu sein. Mit Prof. Scheer, Prof. Müller-Böling und Prof. Peter Glotz haben sich erst kürzlich wieder drei besonders profilierte „Insider“ für einen solchen Weg ausgesprochen. Und andere Bundesländer sind ja bereits dabei, Stiftungsmodelle zu erproben.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch zwei aktuelle Anmerkungen:

1. Das gerade mit rot-grüner Mehrheit beschlossene generelle Verbot von Studiengebühren ist ein falsches Signal – es wird die deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb weiter zurückwerfen. Ich hoffe sehr, dass die Länder sich diesen Eingriff in ihre Gestaltungshoheit nicht gefallen lassen.
2. Die Pläne der Saar-Uni und das Gutachten zur HTW veranlassen mich zu der zweiten Bemerkung: Auch im Saarland muss es künftig ein qualifiziertes Angebot zur Ausbildung von **Ingenieuren** geben. Die Wirtschaft braucht dringend mehr Ingenieure. Wenn sich bislang nicht genügend junge Menschen für diesen Ausbildungsgang entschieden haben, dann müssen wir unsere Werbung an den Schulen verstärken. Wir brauchen – um es in aller Deutlichkeit zu sagen – eine *Marketingkampagne* für die Hochschulausbildung zum Ingenieur. An ihr müssen sich Organisationen der Wirtschaft gemeinsam mit allen Hochschulen beteiligen. Unsere IHK wird in dieser Richtung in Kürze initiativ werden. Die Schließung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge ist in jedem Fall die *falsche* Antwort.

Meine Damen und Herren,

den Bereich der dualen Ausbildung habe ich bis jetzt bewusst ausgespart. Dazu wird Ihnen jetzt Herr Schneider die Positionen der IHK vortragen. Herr Schneider ist – im Wechsel mit dem Vertreter der Arbeitnehmer-„Bank“ – Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses unserer IHK und Vorsitzender des Landesausschusses für Berufsbildung. Er betreut – wie könnte es anders sein – auch unser Geschäftsfeld „Aus- und Weiterbildung“ als Vizepräsident.